

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Juni 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspreis für Monat Juni 2,50 Goldmark. Einzelnummer 15 Goldpfennig. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Sonntagsanzeigen und Gelegenheitsanzeigen Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 60 mm breite Kettenspalte 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengelände 10 Pfg. Ausw. Austräge gegen Vorauszahlung.

Druckerei: Nachrichten Dresden. Verlagsredaktion: 25 241. Nur für Nachgelassene: 20 011.

Schriftleitung und Satzgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Neppach & Reichardt in Dresden. Polisch - Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Einziges Konzert für Viertelton-Musik

DIENSTAG, den 24. Juni, nachm. 7/8 Uhr, im großen Saale der Kaufmannschaft, Ostraallee: Wiederholung u. Erweiterung der Vorträge auf dem Internationalen Musikfestival in Prag und des Frankfurter Tonkünstler-Festes 9. bis 15. Juni 1924.

Mitwirkende: Prof. ALOIS HABA, Prag, Prof. JAN HERMAN, Prag, HERM. SCHERCHEN, Festdirig. des Frankfurter Tonkünstler-Festes, Prof. ADOLF REBNER (Violine), Mitglied. des A-Capella-Chors 1923, Frankf. a. M. Der Viertelton-Doppel-Konzertflügel ist von der Firma AUGUST FÖRSTER, Löbau-Georgswalde (Dresden, Fabrik-Niederlage Waisenhausstr. 8), im Auftr. des Kultusministeriums in Prag erbaut u. zu dieser einmalig. Vorführl. bereitwillig zur Verfügung gestellt worden. Karten bei P. RIES, Kaufhaus, und AUGUST FÖRSTER, Waisenhausstraße 8 (Central-Theater-Passage).

Das Geheimnis von Chequers.

Macdonalds Erklärungen vor dem Unterhaus über seine Abmachungen mit Herriot. Amerika und die neue Konferenz. — Der Reichskanzler zu den angeblichen deutschen Rüstungen.

Viele Worte — aber das Rätselraten geht weiter.

London, 23. Juni. Macdonald erklärte in Beantwortung einer Anfrage Baldwin's bezüglich seiner Unterredungen mit Herriot: Der Zweck seiner Zusammenkunft mit Herriot sei, die notwendigen Vorkehrungen zu erörtern, die getroffen werden müßten, um die Sachverständigenberichte in Wirksamkeit zu setzen. Weiter habe die Zusammenkunft bezweckt, gewisse Fragen zu erörtern, in denen ein Zusammenwirken zwischen Frankreich und Großbritannien wünschenswert erscheine, um die Sicherheit und den Frieden in Europa zu fördern. Dies dürfe nicht dahin ausgedeutet werden, daß die Absicht bestehe, irgendwelche ausschließliche Vereinbarungen zwischen zwei Mächten zu treffen. Ueber die Erörterung werde den Premierministern Belgiens und Italiens berichtet werden. Herriot habe Wert darauf gelegt, daß keine Entscheidung gefaßt und unterbreitet werden soll. Die Unterredung sei die Anregung zur interalliierten Konferenz gewesen, die wahrscheinlich am 16. Juli in London zusammentreten soll. Auf eine Zwischenfrage Lord George's ob hierauf Macdonald die bereits gemeldete Erklärung über die Einladung an Amerika und eine etwaige Beteiligung Deutschlands ab. Er fügte hinzu, es werde Aufgabe einer interalliierten Konferenz sein, sich mit dem Dawes-Bericht zu befassen. Sobald die genannte Maßnahme vorbereitet sei, um den Dawes-Bericht in Wirksamkeit zu setzen, und er in aktiver Wirksamkeit sei, werde man die anderen zwischen Frankreich und England schwebenden Fragen einschließlich der interalliierten Schulden erörtern und hoffentlich auch in Ordnung bringen. Es werde jedoch keine Veränderung der Frage der interalliierten Schulden mit der Durchführung des Dawes-Berichtes stattfinden. Macdonald fügte hinzu: Der Punkt, den ich gern klar stellen möchte, ist der, daß wir bei Realisation der Frage der Durchführung des Dawes-Berichtes sicher feinerlei Verantwortung übernehmen werden, durch die entweder England oder die Dominien eine finanzielle Einbuße erleiden würden. Auf eine weitere Zwischenfrage Lord George's über die Beteiligung Deutschlands an einer Konferenz gab Macdonald ebenfalls die bereits gemeldete Erklärung ab.

Lord George fragte nach den Ausführungen Macdonald's, ob er die Ausführungen so verstehen sollte, daß Deutschland auf der ersten Konferenz nicht vertreten sein würde, sondern im Anschluß an diese zu einer anderen Konferenz in London oder anderswo eingeladen werden würde. Macdonald bat in seiner Antwort das Haus, die Angelegenheit auf dem Punkte zu befassen, wo sie wäre, da man sie nur oberflächlich besprochen habe und zu keinem Endergebnis gelangt sei. Es sei klar, daß es wenigstens drei Wege gebe, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Man würde sich in diesem weiter mit ihr befassen, und Deutschland würde angefordert werden, teilzunehmen, um gute Endergebnisse für die Inkraftsetzung des Dawes-Berichtes zu erreichen.

Der Temps zum amtlichen französischen Kommuniqué.

Paris, 23. Juni. Das Kommuniqué der Besprechungen von Chequers wird vom „Temps“ eine friedliche Notiz genannt. Das Blatt zieht einen Vergleich zwischen der politischen Lage am Tage der deutschen Reichstagswahlen und der heutigen Lage. Trotzdem gerade damals dem „Temps“ die französisch-englische Besprechung nahe bevorzugen schien, habe man schwer daran glauben können, daß es zu einer durchgreifenden Verständigung von Dauer kommen könnte. Heute, so fährt das Blatt fort, erklären nun der englische und der französische Ministerpräsident: Wir haben uns darüber geeinigt, einen moralischen Pakt zum Zwecke längerer Zusammenarbeit abzuschließen. In Deutschland seien die Nationalisten nicht zur Regierung gelangt. Und welche Schwierigkeiten auch noch zu überwinden sein mögen, man erwarde, daß die Weisheit, die die Durchführung des Sachverständigenberichts ermöglichen sollen, angenommen würden. Es liege also ein Versprechen vor, das Einvernehmen zwischen Frankreich und England zu wahren, und daneben der Beginn einer Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland. Gewiß sei das nur ein Anfang, aber man werde zugeben, daß es ein guter Anfang sei.

Eine „feierliche“ Kollektivnote an Deutschland

Deutschland soll in der vitalen Frage der Entwaffnung beruhigt werden. Paris, 23. Juni. Der Sonderberichterstatter der Kavallerie, der den Ministerpräsidenten Herriot auf seiner Reise begleitet, glaubt in der Lage zu sein, mitzuteilen, daß außer den durch das Kommuniqué bekanntgegebenen Beschlüssen Ramsay Macdonald und Herriot eine wichtige Entscheidung getroffen haben, die Deutschland unverzüglich den Beweis liefert, daß eine Gemeinsamkeit der Ansichten zwischen der englischen und der französischen Regierung bestehe. Die Ministerpräsidenten hätten den Wortlaut einer Kollektivnote festgelegt, die unverzüglich an die deutsche Regierung abgehen werde, sobald ihr Inhalt die Billigung der belgischen Regierung gefunden habe, woran nicht zu zweifeln sei. Diese Note lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung in feierlicher Weise auf das Interesse, das sie jetzt habe, materielle Beweise eines guten Willens zu geben, wenn sie wünsche, daß normale Beziehungen zwischen Deutschland und den verbündeten Mächten wiederhergestellt werden sollen. Insbesondere müsse die deutsche Regierung vor dem 30. Juni auf die letzte Entwaffnungsnote der Vorkonferenz antworten. Die von den beiden Ministerpräsidenten vorgelegene Note werde in dringender Weise betonen, daß es für Deutschland notwendig sei, unverzüglich in der vitalen Frage der Entwaffnung die erforderliche Beruhigung zu geben.

Die Sozialdemokratie und das Gutachten

Von Major a. D. Borwerd, Dr. rer. pol.

Die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens wird den Weg zu dem großen Verbesserungstage Europas bahnen und ebnen. Das ist die Ansicht Dillersding's, die die Genossen zu teilen scheinen. Ja, sie wird es vielleicht, aber im andern Sinne wie der Parteitag der USPD glaubt. Sollte das Gutachten angenommen werden, dann wird es uns klar werden, daß wir Sklavenarbeit zu verrichten haben, daß wir für unsere Feinde fröhnen. Dann muß der Tag kommen, an dem wir die Fesseln sprengen, oder wir hören auf, ein Volk zu sein. Die Sozialdemokratie führt allerdings lieber den Kampf gegen eigene Volksgenossen als gegen den Feind dort draußen. Wann wird sie endlich den Klassenkampfgedanken fallen lassen? Solche Rüstungen, wie von ausgesetztem Klassenkampf zu sprechen, verlangen doch wohl nicht mehr. Nein, es heißt endlich ehrlich zu sein und zuzugeben, daß man jahrzehntelange Mißgriffe nachließ. Jetzt bringt man noch immer nicht den Mut auf, es offen einzugehen und will das Volk zum zweiten Male bedingungslos verkaufen.

Sollte es einem Dillersding nicht klar sein, daß es an sich schon ein Unding ist, zweieinhalb Milliarden deutschen Geldes in fremdes Geld umzuwandeln zu wollen, ohne die Währung zu gefährden? Eine Lösung von der Schwierigkeit scheint selbst den sogenannten Sachverständigen aufgegangen zu sein, daher wird die Anlage des erworbenen Geldes in Deutschland selbst ins Auge gefaßt. Gewiß, es sollen nach Uebereinkunft zwischen Uebereinkunftskomitee und deutscher Regierung nur solche Vermögensgegenstände erworben werden, die unter bestimmten Kategorien fallen. Es wird aber von der deutschen Regierung bei der Festsetzung einer solchen Uebereinkunft gefordert, daß sie die Notwendigkeit, Höchstzahlungen an ihre Gläubiger zu leisten, gebührend berücksichtige. Man hat sich außerdem noch eine Hintertür offen gelassen, denn bei Finanzmandatären der deutschen Regierung oder irgendeiner Gruppe, die Uebereinkunft zu verhindern, kann das Komitee die Gelder über die festgesetzte Höchstgrenze von fünf Milliarden Goldmark auflaufen lassen oder sie „für den Ankauf von Eigentum jeder Art in Deutschland verwenden“. Unsere Feinde wird es nach den bisherigen Erfahrungen sicher nicht schwer fallen, einen Vorwand zum rückfälligen Ankauf Deutschlands zu finden. Was eine Summe von zweieinhalb Milliarden überhaupt bedeutet, darüber scheinen sich wenige klar zu sein. Die Sachverständigen geben selbst die Höhe des umlaufenden Geldes in Deutschland auf etwas über drei Milliarden Goldmark an. Das kann als Vergleich dienen.

Wenn aber die Sozialdemokratie ihren Mitglieðern die Annahme des Gutachtens in eigenem Interesse empfiehlt, dann verschweigt sie, daß gerade die Konsumentenkreise den Druck der Lasten zu spüren bekommen und daß eine bedingungslose Annahme jede Sozialpolitik unmöglich macht. Ich kann mir nicht denken, daß aufmerksame Leser des Gutachtens übersehen, daß den Sachverständigen die indirekte Steuer „unausführlich“ niedrig zu sein scheint. Es muß doch zu denken geben, daß sie der Meinung sind, daß der Haushaltsplan der Eisenbahn für 1924/25 durch Erhöhung der Sätze für die dritte und vierte Klasse gegenüber dem Voranschlag um 250 Millionen Goldmark verbessert werden könnte. Weitere 270 Millionen sollen durch Erhöhung der Prachtentaxen eingebracht werden. Da die Sätze der Verkehrssteuer nicht herabgesetzt werden dürfen, so ist doch wohl kaum anzunehmen, daß die in Aussicht stehenden Tarifserhöhungen die Lebenshaltung verbilligen werden. Weiter, ist einer unter uns, der glaubt, daß man die Einnahmen der Eisenbahn, aus den Zöllen, aus der Alkohol-, Tabak-, Bier- und Zuckerversteuer einfach auf der Einnahmeseite des Reichshaushaltsplans kürzen kann, wie es nach dem Gutachten geschehen würde, ohne diesen Ausfall durch eine steuerliche Mehrbelastung jedes einzelnen wieder einzubringen?

Weiter müssen wir fragen: Hat sich Dr. Dillersding überhaupt einmal klar gemacht, aus welchem Fonds wir die benötigten zweieinhalb Milliarden bezahlen können? Einen Finanzmann sollte eigentlich bewußt sein, daß man nur bezahlen kann aus der Vermögenssubstantz oder mit Waren. Da unsere Vermögenssubstantz bei der Schröpfung nach dem Gutachten wahrlich keine Eingriffe mehr verträgt, müßte, wenn irgendmöglich, durch Mehranfuhr alles bezahlt werden. Wie hoch wird nun unsere Ausfuhr sein müssen? Nehmen wir den

Chequers im Spiegel der Ententepresse.

Die französische Presse über Chequers.

Paris, 23. Juni. „Echo de Paris“ schreibt: Herriot habe einen gewaltigen Bruch mit den Ideen vollzogen, auf die sich seine Vorgänger seit dem 6. Februar 1920 beständig berufen hätten, wenn es sich um die Durchführung des Friedensvertrages handelte. Heute sei man wieder auf dem Wege zu einer internationalen Konferenz, d. h. einer Versammlung, in der notgedrungen Frankreich Kompromisse machen müsse. Das Entscheidende sei, ob Herriot imstande sei, von Macdonald die formelle Verpflichtung zu erlangen, daß England mit Frankreich gemeinsame Sanktionen durchführen werde, falls Deutschland sich erneute Verfehlungen zuschulden kommen lasse und ob das Kartell der Vinten imstande sei, bei England ein militärisches Defensivbündnis mit Belgien und Frankreich für den Fall eines neuen Angriffes auf Belgien durchzusetzen.

„Du quotidien“ sagt: Erst auf der Konferenz in London würden alle Probleme, die die praktische Durchführung des Sachverständigenberichts betreffen, geprüft und dann auch der Zeitpunkt bestimmt werden, an dem nach Ansicht der Alliierten der Plan Dawes zur Durchführung gelangt sei. Wahrscheinlich werde man sich auf den Standpunkt stellen, daß der Plan als ausgeführt zu betrachten sei, sobald sämtliche Kontrollorgane in Tätigkeit seien.

Weitere englische Urteile.

London, 23. Juni. „Morning Post“ schreibt: Ein sehr wichtiger Punkt sei die Frage der Zulassung Deutschlands zur Londoner Konferenz. Im übrigen sei in Chequers keine Forderung bezüglich der Sicherung Frankreichs oder der Sanktionen für den Fall, daß Deutschland in Versuchung geraten sollte, gegeben

worden. — „Daily Express“ hält es nicht für wahrscheinlich, daß zwei Konferenzen zu gleicher Zeit in London stattfinden werden, von denen sich eine auf die Alliierten beschränken, während sich an der anderen Deutschland und die Vereinten Staaten beteiligen würden. (S. T. B.)

London, 23. Juni. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt weiter: Herriot wünsche, einen Antrag aus der im Dawes-Bericht vorgeschlagenen Anfangssumme von 50 Millionen Pfund Sterling sicherzustellen zu sehen. Wenn nicht Belgiens Priorität weiter bestehe, so würde Frankreich auf 26 von diesen 50 Millionen Pfund Sterling Anspruch haben. Ferner müsse Frankreichs Sicherheit gewährleistet werden durch die Wiederaufnahme der alliierten Militärkontrolle, die zu einem sehr baldigen Zeitpunkt durch eine Militärkontrolle des Völkerbundes ersetzt werden könne. Herriot werde nicht die Pländer aufgeben, die Frankreich jetzt in der Hand halte, bevor die notwendigen Kontrollmaßnahmen und Bürgschaften zur Sicherung des Erfolges des Dawes-Planes ausgearbeitet worden seien. (S. T. B.)

London, 23. Juni. Zur Besprechung der Unterredungen in Chequers schreibt „Daily Telegraph“ weiter: Herriot schlage eine Politik vor, die der Poincaré'sche diametral entgegengesetzt sei. Während Poincaré und Millerand nur bereit waren, allmählich die wirtschaftliche Besetzung aufzuheben, aber die militärische Besetzung des Ruhrgebietes erst mit der letzten deutschen Bezahlung enden wollten, könne nach Herriots Ansicht die militärische Besetzung des Ruhrgebietes an dem Tage zu Ende gehen, an dem der Dawesplan in Wirksamkeit trete. Militärische Garantien hätten besser auf die Sicherheitsfrage als auf die Entschädigungsfrage und die militärische Besetzung des Ruhrgebietes sei nicht zwecks Sicherung unternommen worden.